

Beschäftigte wählen bewährte Kollegen

Betriebsratswahlen. Die Beschäftigten scheuen offenbar Experimente. Zwei Drittel der Betriebsräte wurden in den 2010er-Wahlen in ihrem Amt bestätigt. Frauen haben es nach wie vor schwer, in die betriebliche Interessenvertretung einzuziehen. *)

Zwischen März und Mai 2010 haben die Belegschaften in Betrieben mit fünf oder mehr Mitarbeitern ihre Betriebsräte gewählt. Weil keine amtliche Statistik über die Wahlen und die Zusammensetzung der Betriebsräte Aufschluss gibt, hat das Institut der deut-

schen Wirtschaft Köln im Herbst 2010 mehr als 1.000 Unternehmen befragt, wie sich die Interessenvertretung bei ihnen zusammensetzt. Die Ergebnisse:

Wahlbeteiligung. Die Belegschaften zeigen nach wie vor großes Interesse an der Mitbestimmung:

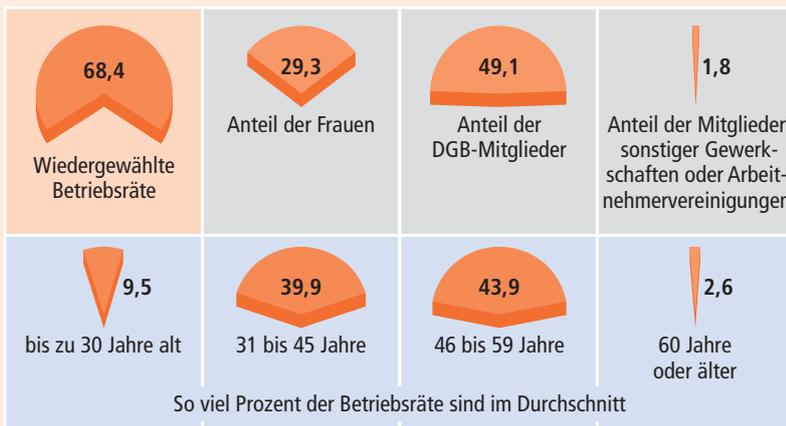
Im Durchschnitt lag die Wahlbeteiligung in den untersuchten Unternehmen bei gut 79 Prozent.

Damit bewegte sich die Motivation, ein Votum für die betriebliche Interessenvertretung abzugeben, auf dem Niveau früherer Urnengänge. Die Beteiligung war vor allem dort hoch, wo das vereinfachte Wahlverfahren angewendet wurde (Kasten Seite 2). Dabei wählen die Mitarbeiter in der zweiten Versammlung unmittelbar und direkt ihre Betriebsräte. Wer diese zweite Versammlung aufsucht, gibt dann auch in der Regel gleich seine Stimme ab, wodurch sich die höhere Wahlbeteiligung erklärt.

Organisationsgrad. Im Durchschnitt haben DGB-Mitglieder in den untersuchten Unternehmen ungefähr die Hälfte der Betriebsratsmandate gewonnen (Grafik). Damit hat sich der Anteil im Vergleich zur vorherigen Wahl nicht verändert. Der Trend der 1990er und frühen 2000er Jahre, zunehmend unabhängige Kandidaten zu küren, ist damit vorerst gestoppt. →

Wie sich die Betriebsräte zusammensetzen

Wahlergebnis 2010 in Prozent



Befragung von 1.060 Unternehmen mit gut 540.000 Wahlberechtigten
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 5

*) Vgl. Oliver Stettes: Betriebsratswahlen 2010 – Eine Analyse auf Basis einer IW-Umfrage, in: IW-Trends 1/2011

In dieser Woche

Flughafenausbau: In Deutschland kommt der Bau neuer Start- und Landebahnen oft nur schleppend voran.
 Seite 3

IW-Zukunftspanel: Mit der Eroberung neuer Geschäftsfelder will sich die deutsche Industrie von der Konkurrenz abheben.
 Seite 4-5

Ausländische Studenten: Deutschland verliert die meisten Absolventen wieder, die von außerhalb Europas zum Studium herkommen.
 Seite 6

Banken: Die Schweiz will ihren Kreditinstituten deutlich strengere Bilanzregeln verordnen und damit Krisen vorbeugen.
 Seite 7

Spielwaren: Trotz sinkender Geburtenzahlen setzt die deutsche Spielwaren-Industrie Jahr für Jahr mehr um.
 Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

60
 JAHRE FÜR DIE SOZIALE
 MARKTWIRTSCHAFT
 1951 - 2011

→ Der Arm der Gewerkschaften reicht gleichwohl in viele Betriebe hinein: **In drei von zehn untersuchten Unternehmen setzt sich der Betriebsrat vollständig aus DGB-Mitgliedern zusammen.**

Allerdings fielen auch in drei von zehn Unternehmen die Betriebsrats-sitze ausschließlich an Kandidaten, die keiner Gewerkschaft zugeordnet werden konnten.

Wie schon früher bleibt die Industrie die Domäne der DGB-Gewerkschaften. Hier konnten IG Bergbau, Chemie und Energie, die IG Metall und andere Gewerkschaften im Durchschnitt je nach Branche mindestens sechs von zehn Mandaten gewinnen. Im Dienstleistungssektor ging dagegen nur jeder vierte Betriebsratsitz an den DGB, im Banken- und Versicherungsgewerbe sogar lediglich jedes elfte Mandat.

Kleinere Gewerkschaften – etwa der Christliche Gewerkschaftsbund – oder sonstige Arbeitnehmervereinigungen – etwa der Deutsche Führungskräfteverband – spielen in den befragten Unternehmen hingegen kaum eine Rolle. Im Durchschnitt errangen sie gerade einmal jedes 50. Mandat. Einzig im Bankenbereich entfiel mit durch-

Betriebsratswahlen

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz kann grundsätzlich in jedem privaten Betrieb, in dem mindestens fünf Arbeitnehmer beschäftigt sind, ein Betriebsrat gegründet werden. Damit sind eigentlich über 24 Millionen Arbeitnehmer in mehr als 650.000 Betrieben wahlberechtigt. Tatsächlich wird jedoch nur in jedem zehnten Betrieb gewählt.

Die Wahlen finden alle vier Jahre statt. Dabei gibt es in Betrieben mit 5 bis 50 Beschäftigten ein sogenanntes vereinfachtes Verfahren mit insgesamt zwei Versammlungen, wobei nach der zweiten

Versammlung direkt gewählt wird. Ebenso kann in Unternehmen mit bis zu 100 Arbeitnehmern verfahren werden, wenn sich Betriebsrat und Firmenleitung auf diesen Modus geeinigt haben. In den übrigen Unternehmen wird eigens zu einem Urnengang aufgerufen.

Um mehr Frauen in die Gremien zu bringen, muss das Geschlecht, das in einer Belegschaft in der Minderheit ist, mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis im Betriebsrat vertreten sein. Voraussetzung allerdings ist, dass genügend Frauen kandidieren.

schnittlich 10 Prozent der Betriebsrats-sitze ein nennenswerter Anteil auf die kleinen Arbeitnehmerorganisationen wie den Deutschen Bankangestellten-Verband.

Wiederwahl. Die Beschäftigten haben bei der Abstimmung auf Kontinuität gesetzt:

Im Durchschnitt sind im Jahr 2010 zwei Drittel der Betriebsräte wiedergewählt worden.

Die betrieblichen Interessenvertreter sind in der Regel zwischen vierzig oder fünfzig Jahre alt – die Mitarbeiter schätzen also vor allem solche Kolle-

gen als Repräsentanten, die aufgrund ihres Alters über eine gewisse Lebens- und Berufserfahrung verfügen. Zudem gehören ältere Mitarbeiter häufig bereits seit vielen Jahren zum Unternehmen und wissen deshalb eher, wo die Kollegen der Schuh drückt.

Erfahrung und Kontinuität sind vor allem bei den Betriebsratsvorsitzenden gefragt. Drei Viertel von ihnen wurden 2010 in ihrem Amt bestätigt (Grafik). Im Durchschnitt sind sie knapp 50 Jahre alt.

Frauenanteil. Betriebsräte sind nach wie vor eine Männerdomäne, trotz Quotenregelung. So stellen Frauen nicht einmal jeden dritten Betriebsrat und sogar nur jeden fünften Vorsitzenden. Allerdings sind Frauen nur in gut 13 Prozent der Betriebe im Betriebsrat deutlich unterrepräsentiert. Offenbar kandidieren gerade in diesen Fällen nicht genügend Frauen. Im Dienstleistungssektor beträgt der Frauenanteil in den Betriebsräten dagegen immerhin knapp 35 Prozent. Dort stellen sich mehr Frauen zur Wahl.

Für den DGB ist das eine bittere Pille: Wo viele Frauen an die Urnen gehen, kommt er nicht so recht zum Zuge – denn Frauen wählen eher unabhängige Kandidatinnen.

Der typische Betriebsratsvorsitzende

Wahlergebnis 2010



Alter in Jahren	48,4	Anteil der DGB-Mitglieder in Prozent	70,2
Betriebszugehörigkeitsdauer in Jahren	21,0	Anteil der Mitglieder sonstiger Gewerkschaften oder Arbeitnehmer-vereinigungen in Prozent	2,8
Anteil der Frauen in Prozent	19,7		

Befragung von 1.060 Unternehmen mit gut 540.000 Wahlberechtigten
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Mit mehr Tempo zu mehr Terminals

Flughafenausbau. Während in China oder Dubai in atemberaubender Geschwindigkeit neue Megaflughäfen aus dem Boden gestampft werden, geht der Ausbau der Start- und Landebahnen in Deutschland eher gemächlich voran. Das neue Planungsrecht hat die Prozesse jedoch beschleunigt.

Eigentlich ermöglichen Flughäfen nicht nur Passagieren die schnellste Form der Fortbewegung, auch beim Ausbau sind Airports gegenüber anderen Verkehrszentren im Vorteil: Zumindest die Großflughäfen finanzieren sich nämlich über Gebühren und Mieten selbst – und stemmen Baumaßnahmen deshalb in der Regel allein.

Aus diesem Grund hat der Luftverkehr meist keine Finanzierungsprobleme bei seinen Infrastrukturvorhaben; Zeitpläne könnten also locker eingehalten werden. Dennoch kommt der Ausbau oft nur schleppend voran.

Ein Hauptgrund für Verzögerungen beim Ausbau der Verkehrswege sind Widerstände in der Bevölkerung. Häufig sorgen Klagen und Gerichtsverfahren dafür, dass ein geplanter Flughafenausbau ins Stocken gerät. Prominentestes Beispiel ist sicherlich die „Startbahn West“ in Frankfurt/Main, die 1984 nach mehr als zwei Jahrzehnten Vorlaufzeit, rund hundert Anfechtungsklagen und zahlreichen Protesten fertiggestellt wurde.

Seit 2006 setzt jedoch das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz der Klageflut durch sämtliche Instanzen Grenzen (Kasten). Die neue Rechtslage zeigt bereits Wirkung: Die vierte Bahn des Rhein-Main-Airports soll nun nach 13 Jahren Planungs- und Bauzeit im Herbst 2011 in Betrieb

gehen. Das ist zwar auch noch nicht wirklich schnell, doch beim Bau der neuen Start- und Landebahn kam erschwerend hinzu, dass ein komplettes Chemiewerk aus der Einflugschneise verlegt werden musste.

Derzeit frequentieren 52 Millionen Passagiere im Jahr den Frankfurter Flughafen. Durch den Ausbau werden die Kapazitäten nochmal deutlich gesteigert (Grafik):

Mit der vierten Bahn und dem neuen Südterminal, der bis 2018 fertiggestellt sein soll, könnten in Frankfurt bis zu 90 Millionen Passagiere pro Jahr abgefertigt werden.

Damit überträfe Frankfurt sogar Europas größten Airport London-Heathrow, der derzeit jährlich 67 Millionen Passagiere zählt und bereits nahe an der Kapazitätsgrenze operiert.

Auch in Berlin kommt die Flughafenenerweiterung voran. Der neue Großflughafen BBI am Standort Schönefeld wird – wenn auch mit leichter Verzögerung – Mitte 2012 eröffnen. Am meisten Zeit ging in der Hauptstadt aber nicht in der Bauphase, sondern während der Planung in den 1990er Jahren verloren: Lange konnten sich Berlin und Brandenburg nicht auf einen Standort einigen, außerdem musste Brandenburg seine Raum- und Landesplanung anpassen.

Auch beim Franz-Josef-Strauß-Flughafen in München läuft das Planfeststellungsverfahren für eine dritte Start- und Landebahn seit 2007. Genehmigt ist bereits ein Satellitenterminal, der bis 2015 seine Pforten öffnen soll und 17 Millionen zusätzliche Passagiere im Jahr abfertigen kann. Bis dann dürfte auch die dritte Bahn im Erdinger Moos in Betrieb sein.

Flughäfen: Die Großen werden größer

So viele Millionen Passagiere registrierten die deutschen Flughäfen

■ im Jahr 2010 ■ Kapazität in Millionen Passagieren ...

Großflughäfen mit laufenden Neu- oder Ausbauten	2010	... nach dem laufenden/geplanten Ausbau
Frankfurt/Main	52,0	90 bis 2018
München	33,8	52 bis 2015
Berlin	22,3	27-40 bis Mitte 2012, zweite Ausbaustufe noch undatiert

Weitere Flughäfen mit überregionaler Bedeutung	2010	... heute
Düsseldorf	18,9	21
Hamburg	13,0	16
Köln-Bonn	9,9	15
Stuttgart	9,2	14
Hannover	5,2	10

München, Hannover: Passagierzahl 2010 IW-Hochrechnung; Berlin: Flughäfen Tegel und Schönefeld; Mitte 2012: Eröffnung Berlin-Brandenburg International am Standort Schönefeld, wo man in der ersten Ausbaustufe mit 27 Millionen Passagiere rechnet
 Ursprungsdaten: Angaben der Flughäfen

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 5

Das neue Planungsrecht

Im Dezember 2006 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz, das die Planungs- und Genehmigungsphase von Verkehrsprojekten abkürzen soll. Seitdem entscheidet das Bundesverwaltungsgericht als einzige Instanz abschließend über Rechtsstreitigkeiten bezüglich der Planfeststellungsverfahren für überregionale Infrastrukturprojekte. Der Ausbau von Flughäfen, Autobahnen oder Bahnlinien kann seitdem nicht mehr endlos durch Klagen hinausgezögert werden.

Was Unternehmen antreibt

IW-Zukunftspanel. Viele Unternehmen haben auf die Wirtschaftskrise mit umfassenden, kurzfristig wirksamen Anpassungen reagiert. Die meisten Betriebe durchleuchteten ihre Prozesse auf Schwachstellen, einige verhängten einen Investitionsstopp. An den wesentlichen Herausforderungen, die etwa die Globalisierung an die Firmen stellt, ändert sich durch die Rezession allerdings nichts.

Die deutschen Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen haben in der Krise schnell, aber besonnen reagiert, wie das aktuelle Zukunftspanel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt (Grafik Seite 5 und Kasten):

Mehr als 80 Prozent der größeren und über die Hälfte der kleineren Unternehmen haben rationalisiert und ihre Prozesse optimiert.

Kritisch unter die Lupe genommen wurden dabei unter anderem die Bereiche Materialwirtschaft und Einkauf sowie die Produktion. Gut die Hälfte der Betriebe verhängte zudem einen Investitionsstopp. Von Kosteneinsparungen verschont blieben dagegen oft der Vertrieb sowie die Forschung und Entwicklung. So hat etwa

von den Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 10 Millionen Euro nur ein Zehntel die Forschungs-etats reduziert.

Mehr als zwei Drittel der Großunternehmen und knapp die Hälfte der kleineren Betriebe ergriffen außerdem personalpolitische Maßnahmen. So verzichteten die Personaler meist auf Neueinstellungen (54 Prozent). Viele Unternehmen ließen Überstunden zurückfahren (46 Prozent) und Zeitgut haben abbauen (46 Prozent). Ein knappes Viertel setzte auf die Reduktion der Zeitarbeit, etwa ein Fünftel auf Kurzarbeit.

Nur 16 Prozent der kleineren und 25 Prozent der größeren Unternehmen haben in der Krise Mitarbeitern betriebsbedingt gekündigt.

Die starken Umsatzeinbrüche ließen Schlimmeres befürchten. Etwa die Hälfte der befragten Unternehmen ist der Krise zudem offensiv begegnet – so haben die Firmen beispielsweise ihr Geschäft auf neue Märkte ausgedehnt, zusätzliche Produkte in ihr Angebot aufgenommen oder ihren Kundenkreis erweitert.

So einschneidend die Krise für die Unternehmen letztlich auch war – an den maßgeblichen Trends hat sich nichts geändert. Eher geht die bisherige Entwicklung mit noch größerem Tempo weiter:

Globalisierung. Rund 66 Prozent der Großunternehmen wollen in den nächsten fünf Jahren ihren Exportanteil ausbauen. Kleinere Unternehmen dagegen sind noch zögerlich, was die Ausweitung ihrer internationalen Geschäfte angeht (Grafik Seite 5). Um

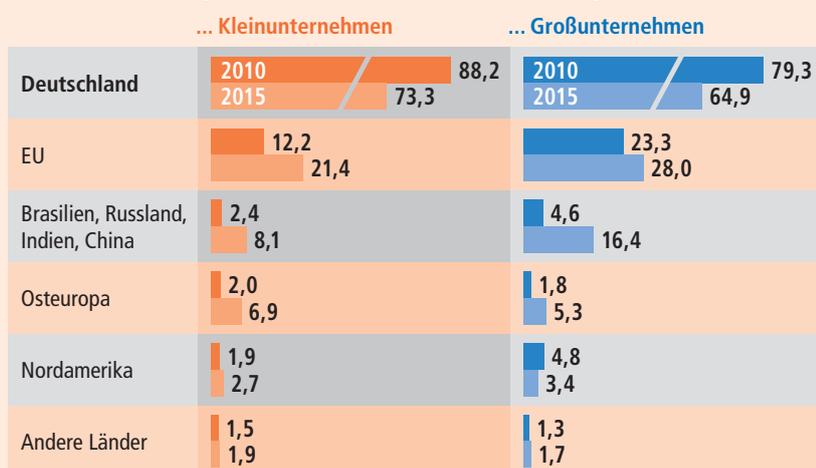
Das IW-Zukunftspanel

Die klassischen Industriebranchen erwirtschaften in Deutschland im Verbund mit den wirtschaftsnahen Dienstleistungen wie z.B. Logistik rund 30 Prozent der Wertschöpfung.

Im Rahmen seines Zukunftspanels befragt das IW Köln dreimal jährlich rund 8.000 Unternehmen aus der Industrie und den industrienahen Servicesparten und liefert damit seit 2005 empirische Daten zum Strukturwandel. Die Befragungen orientieren sich an wirtschaftspolitisch aktuellen Schwerpunktthemen – vom Fachkräftemangel über Bürokratiekosten bis hin zum Image der Sozialen Marktwirtschaft. Das IW-Zukunftspanel gehört wie auch andere Unternehmensbefragungen zum Aufgabenbereich der IW Consult GmbH, einer Tochtergesellschaft des IW Köln.

Deutsche Unternehmen: Woher die Konkurrenz kommt

So viel Prozent der befragten ... sehen ihre Wettbewerber in diesen Regionen



Befragung von rund 2.600 Unternehmen im Sommer 2010; Kleinunternehmen: bis 10 Millionen Euro Umsatz; Großunternehmen: 10 Millionen Euro Umsatz und mehr; Mehrfachnennungen; Quelle: IW-Zukunftspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 5

eine Anpassung an die „neue Welt“ werden viele aber nicht herunkommen. Denn vor allem die sogenannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China drängen immer stärker auf die internationalen Märkte. Entsprechend sehen deutsche Unternehmen auch in diesen Ländern zunehmend neue Konkurrenten.

Bisher kam bei 88 Prozent der kleinen Unternehmen der Hauptwettbewerber aus Deutschland – 2015 wird das wohl nur noch auf 73 Prozent der Betriebe zutreffen (Grafik Seite 4). Bei den größeren Unternehmen fällt dieser Anteil von heute 79 Prozent auf nur noch 65 Prozent.

Auch Märkte wandeln sich: An Bedeutung gewinnen dürften künftig etwa Biowissenschaften, personennahe Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnik, Mikroelektronik, Mobilität, Sicherheit und Nachrichteninfrastruktur, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Ver- und Entsorgungsinfrastruktur. Die deutschen Unternehmen erwirtschaften bereits ein Viertel ihres Umsatzes in diesen Bereichen – Tendenz steigend.

Dienstleistungsorientierung. Die Stärke der deutschen Wirtschaft waren bisher technologisch hochwertige Industrieprodukte. Das reicht in Zukunft nicht mehr aus, weil vor allem die BRIC-Länder auch qualitativ immer bessere Waren anbieten.

Die deutschen Unternehmen können sich aber weiterhin von der Konkurrenz abheben, indem sie z. B. auf sogenannte integrierte Dienstleistungen setzen. Erfolgreiche Industriebetriebe liefern bereits heute zusätzlich zur Ware ein ganzes Paket an Dienstleistungen von der Installation bis zur Wartung. Rund

Aktiv im Ausland

So viel Prozent der ... wollen im Ausland in diesen Geschäftsfeldern wachsen

	Am Beispiel eines Maschinenbaubetriebs	... Kleinunternehmen	... Großunternehmen
Logistik/Vertrieb	Händlernetz wird ausgebaut	8,0	23,2
Fertigung bzw. Erstellung der Dienstleistung	Maschine wird im Ausland hergestellt	11,7	21,1
After-Sales	Wartung und Kundendienst werden im Ausland erweitert	6,6	20,8
Montage bzw. Implementierung beim Kunden	Maschine wird beim Kunden aufgestellt und eingerichtet	9,0	18,3
Pre-Sales	Kunden werden vor dem Kauf beraten	5,2	15,7
Qualitätssicherung	Herstellungsprozesse werden überwacht	4,7	15,3
Entwicklung und Konzeption	Neue Maschinen werden entwickelt und Verbesserungen an bestehenden vorgenommen	6,0	12,1
Interne Organisation	Verwaltung im Ausland wird ausgebaut	3,8	10,6
Planung und Steuerung	Neue Verkaufsstrategien werden entwickelt	5,2	10,5

Befragung von rund 2.600 Unternehmen im Sommer 2010; Kleinunternehmen: bis 10 Millionen Euro Umsatz; Großunternehmen: 10 Millionen Euro Umsatz und mehr; Mehrfachnennungen; Quelle: IW-Zukunftspanel

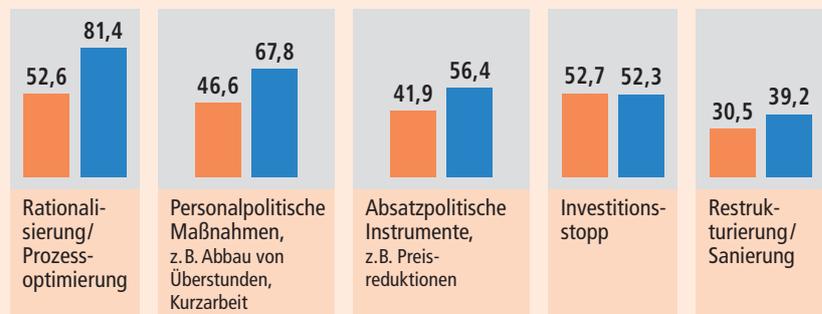
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 5

Das Krisenüberlebenspaket

So viel Prozent der ... reagierten mit diesen Maßnahmen auf die Krise

... Kleinunternehmen, ... Großunternehmen



Befragung von rund 2.600 Unternehmen im Sommer 2010; Kleinunternehmen: bis 10 Millionen Euro Umsatz; Großunternehmen: 10 Millionen Euro Umsatz und mehr; Mehrfachnennungen; Quelle: IW-Zukunftspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 5

36 Prozent der befragten Unternehmen sind der Meinung, dass dieser Service bedeutsamer wird.

Netzwerkbildung. Das Zukunftspanel zeigt, dass Unternehmen, die sich an Netzwerken beteiligen, erfolgreicher sind als andere. Als besonders wichtig sehen Betriebe ihre Kundenbeziehungen an, aber auch Vernetzungen mit Lieferanten und anderen Firmen.

In einer Sonderbefragung von 2.000 bayerischen Firmen vor der Krise gaben

60 Prozent an, dass Innovationen geholfen haben, sich gegenüber der Konkurrenz abzusetzen. Nach der Krise waren 66 Prozent dieser Meinung.

Allerdings haben längst nicht alle Firmen diese Trends erkannt: Nur knapp ein Fünftel ist sowohl international tätig als auch in Forschung und Entwicklung erfolgreich engagiert. Das bedeutet, dass der Erfolg Deutschlands noch von einer relativ kleinen Avantgarde von Unternehmen abhängig ist.

Nach dem Studium geht's zurück

Ausländische Studenten. Nur ein Viertel der Studenten aus Nicht-EU-Staaten blieb im Jahr 2009 nach Ende des Studiums zum Arbeiten in Deutschland. Dabei könnte die hiesige Wirtschaft mehr Akademiker gut gebrauchen.

Das deutsche Hochschulsystem genießt international augenscheinlich einen guten Ruf: Knapp 245.000 Studenten aus fast 200 Ländern waren im Wintersemester 2009/2010 an deutschen Universitäten und Fachhochschulen eingeschrieben, davon kamen 74 Prozent erst nach ihrem Schulabschluss als sogenannte Bildungsausländer zum Studium nach Deutschland. Die meisten ausländischen Studenten stammen aus China (13 Prozent); aus Bulgarien, Polen und Russland kommen jeweils etwa 5 Prozent der angehenden Akademiker.

Fast 34.000 ausländische Studenten schlossen 2009 ihr Studium in Deutschland ab. Rund 31 Prozent davon hatten

rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftliche Fächer belegt (Tabelle). Noch mehr junge Ausländer hatten eines der sogenannten MINT-Fächer gebüffelt – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik:

Im Jahr 2009 erwarben 21 Prozent der ausländischen Absolventen einen Abschluss in den Ingenieurwissenschaften, weitere 18 Prozent in Mathematik oder in den Naturwissenschaften.

Doch all das hilft dem Standort Deutschland, dem es gerade an MINT-Fachkräften mangelt, nur wenig. Denn ein hiesiger Uni- oder FH-Abschluss bedeutet nicht, dass die ausländischen Absolventen dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen:

Nach Angaben des Deutschen Akademischen Austauschdiensts blieben 2009 nur 4.820 junge Menschen aus Nicht-EU-Staaten im Anschluss an ihr Studium zum Arbeiten in Deutschland.

Das entspricht lediglich 26 Prozent dieser Absolventengruppe. Damit wandern auch im internationalen Vergleich viel zu wenige Hochqualifizierte über den Weg des Studiums nach Deutschland ein – in Kanada, Frankreich oder Belgien blieben bis zu drei Viertel der Studenten dem Arbeitsmarkt des Ausbildungslandes erhalten.

Ein möglicher Grund, weshalb Deutschland hier hinterherhinkt, ist die hiesige Rechtslage. Zwar haben Ausländer seit der Reform des Aufenthaltsgesetzes 2005 ein Jahr Zeit, um einen Arbeitsplatz zu finden, der ihrem Studienabschluss entspricht. Zudem muss nicht mehr geprüft werden, ob ein deutscher Staatsbürger oder ein Ausländer, dessen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt weniger beschränkt ist, für die Stelle zur Verfügung stünde.

Dennoch ist die Frist für die Jobsuche noch immer relativ kurz. Schließlich gelingt nicht jedem Hochschulabsolventen ein reibungsloser Übergang in eine Beschäftigung, die genau zum Studienabschluss passt. Hier sollte die Politik nachbessern und den Arbeitsmarktzugang außerdem schon während des Studiums erleichtern, etwa durch die Möglichkeit, längere bezahlte Praktika zu machen. Denn nur dann können die Studenten rechtzeitig Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern knüpfen. Zudem wäre eine neue Willkommenskultur wünschenswert, die ausländischen Studenten zum Beispiel mit Informationen über das hiesige Aufenthaltsrecht signalisiert, dass sich die deutsche Gesellschaft freut, wenn qualifizierte Ausländer nach der Hochschulausbildung in Deutschland bleiben.

Hochschulen: Was Ausländer studieren

So viele ausländische Studenten bestanden 2009 die Abschlussprüfung an einer deutschen Hochschule in dieser Fachrichtung

	ausländische Absolventen	davon Bildungsausländer	davon Nicht-EU
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	10.373	8.028	4.826
Ingenieurwissenschaften	7.240	5.962	4.855
Mathematik, Naturwissenschaften	5.933	4.917	3.578
Sprach- und Kulturwissenschaften	4.831	3.944	2.248
Kunst, Kunstwissenschaft	2.665	1.961	1.382
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	1.714	1.416	954
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	713	676	539
Sport	137	95	51
Veterinärmedizin	93	84	55
Summe	33.699	27.083	18.488

Bildungsausländer: Studenten, die erst nach ihrem Schulabschluss zum Studium nach Deutschland gekommen sind; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Strenge Schweizer

Banken. Das Vermögen der zwei größten Schweizer Großbanken ist seit Mitte 2007 um 37 Prozent geschrumpft – dennoch beträgt es immer noch mehr als das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts der Schweiz. Die Eidgenossen planen nun weitreichende Regulierungsvorschriften, um Krisen vorzubeugen.

Kleine Länder mit großen Banken sehen sich besonderen Herausforderungen gegenüber – so wurden etwa Island und Irland von ihren Geldhäusern in große Schwierigkeiten gebracht. In Irland könnte die Regierung ihre Mehrheit bei der anstehenden Wahl verlieren, nachdem sich die Banken der Insel maßlos verzockt und damit eine große Krise ausgelöst hatten. Und die isländische Regierung streitet sich seit mehr als einem Jahr mit internationalen Gläubigern über die Lastenteilung nach der Pleite der Kaupthing-Bank.

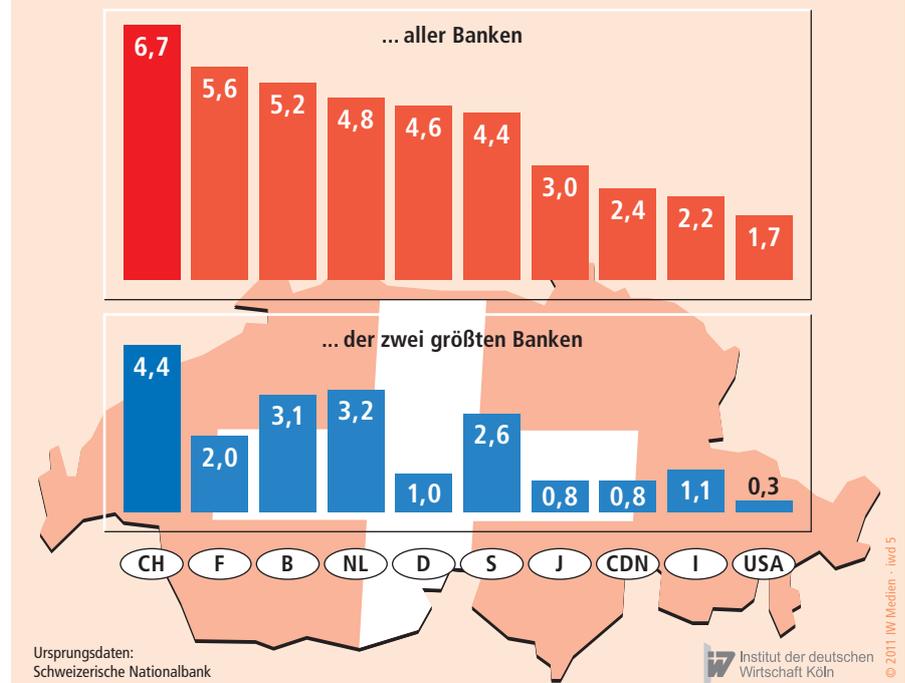
Die Schweiz ist ebenfalls ein kleines Land mit im Vergleich zur Landesgröße großen Banken, an denen die Krise auch nicht spurlos vorübergegangen ist. Doch so schlimm wie in Irland und Island sieht es bei den Eidgenossen nicht aus. Zum Glück, denn allein die zwei Schweizer Großbanken Credit Suisse und UBS sind im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Alpenstaats riesig (Grafik):

Das Vermögen von Credit Suisse und UBS belief sich im Jahr 2009 mit gut 2.350 Milliarden Schweizer Franken auf das Viereinhalbfache des Schweizer BIP.

Die Regierung der Schweiz sah sich – wie andere Regierungen auch – veranlasst, ihre Banken zu unterstützen, indem sie die Auslagerung fauler Wertpapiere ermöglichte und Kapital ge-

Banken: In der Schweiz besonders groß

Im Jahr 2009 betrug das Vermögen ... dieses Vielfache des Bruttoinlandsprodukts



währte. Die Lage in der Schweiz ist zwar nicht so dramatisch wie in Island und Irland, aber auf eine zweite Feuerprobe wollen sich die Eidgenossen offenbar nicht einlassen und beabsichtigen nun, ihren Banken strengere Auflagen zu erteilen. Dabei gehen sie weiter, als es die internationalen Vorschriften Basel III (vgl. iwd 49/2010) erfordern:

Das nötige **harte Kernkapital** – also Aktienkapital und einbehaltene Gewinne – soll aufgestockt werden. Dieses Kernkapital wird nicht einfach zum Vermögen ins Verhältnis gesetzt, sondern zur Summe der Anlagen, die gemäß ihres Risikos gewichtet werden. Nach Basel III müssen die Banken ein hartes Kernkapital von 7 Prozent des (risikogewichteten) Anlagevermögens vorweisen – die Schweizer pochen für ihre Institute auf 10 Prozent.

Zusätzlich sollen sich Schweizer Banken mit 9 Prozent der risikogewich-

teten Aktiva in Form von **Pflichtwandelanleihen** refinanzieren. Diese Papiere sind als Anleihen mit festen Zahlungsverprechen konzipiert, werden aber zu Aktien als Eigenkapital gewandelt, falls die Eigenkapitalquote unter ein bestimmtes Niveau fällt.

Neben diesen bilanziellen Vorgaben müssen Schweizer Banken künftig auch einen **Notfallplan** aufstellen. Er soll beschreiben, wie die Bank ohne staatliche Unterstützung im Falle einer Krise ihr Kerngeschäft aufrechterhalten kann. Davon verspricht man sich zweierlei: Erstens, dass die Bank sich so aufstellt, dass dieser Notfallplan gar nicht erst greifen muss. Zweitens soll der Staat nicht mehr erpressbar sein. Denn ohne solche Vorkehrungen bleibt den Regierenden und der Bankenaufsicht in der Regel nichts anderes übrig, als die Banken mit Staatshilfe zulasten der Steuerzahler zu retten.

Weniger Kinder, mehr Spielzeug

Spielwaren. Puppen, Teddys und Bauklötze lassen Kinderaugen strahlen und die Kassen der deutschen Spielwarenbranche klingeln. Deren Umsatz ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen – trotz Wirtschaftskrise und sinkender Geburtenzahlen.

Wenn am 3. Februar in Nürnberg die Internationale Spielwarenmesse beginnt, kann die heimische Branche auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurückblicken. Der Verband der Spielwarenindustrie schätzt den Umsatz mit klassischem Spielgut in Deutschland auf mindestens 2,5 Milliarden Euro – das wären 6 Prozent mehr als 2009.

Damit setzt die Branche einen Aufwärtstrend fort, dem selbst die Krise nichts anhaben konnte (Grafik):

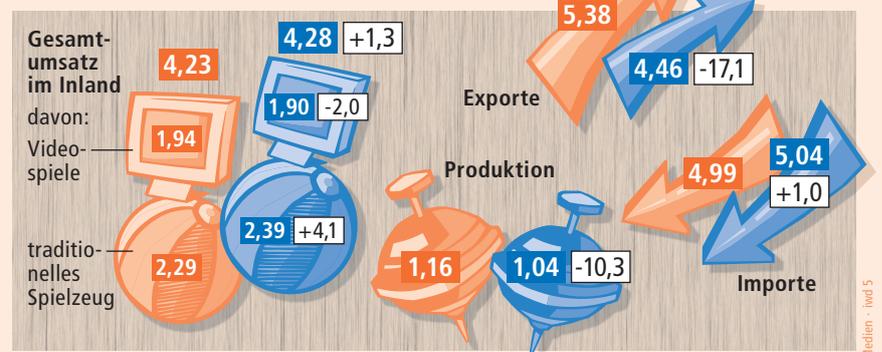
Während die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 um 4,7 Prozent einbrach, verbuchten die traditionellen Spielzeugbranchen mit einem inländischen Umsatz von rund 2,4 Milliarden Euro ein Plus von 4,1 Prozent.

Adressaufkleber

Spielend durch die Krise

Spielwarenindustrie in Deutschland, in Milliarden Euro

■ 2008 ■ 2009 □ Veränderung in Prozent



Exporte: einschließlich Re-Exporte; diese Produkte werden im Ausland produziert, nach Deutschland importiert und hier zu Marketingzwecken neu verpackt o.ä. Anschließend werden sie als deutsches Erzeugnis exportiert, das gilt vor allem für Gesellschafts- und Videospiele; Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - Inid 5

Auch die sinkenden Geburtenzahlen haben dem Geschäft nicht geschadet. Der Inlandsverkauf von Spielwaren für Kleinkinder bis zu drei Jahren stieg im Jahr 2009 auf rund 308 Millionen Euro – 17 Millionen Euro mehr als ein Jahr zuvor. Und im vergangenen Jahr haben Eltern und Bekannte nach ersten Schätzungen sogar 317 Millionen Euro für Baby- und Kleinkindspielzeug ausgegeben.

Weniger dynamisch verliefen die Geschäfte mit dem Ausland: Im Jahr 2009 machte die deutsche Spielwarenindustrie einen Exportumsatz von knapp 4,5 Milliarden Euro – das waren rund 17 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Fast 25 Prozent der Ausfuhren gingen nach Großbritannien, 17 Prozent nach Frankreich und rund 10 Prozent in die USA, den wichtigsten

Absatzmarkt für Spiele, Plüschtiere und Puppen außerhalb Europas.

Die deutschen Spielwareneinfuhren stammen dagegen vorwiegend aus Fernost:

Im Jahr 2009 wurde Kinderspielzeug im Wert von 3,8 Milliarden Euro aus China importiert, das waren drei Viertel des gesamten Spielwarenimports.

Logisch, dass das Reich der Mitte damit einen großen Einfluss auf den deutschen Spielwarenmarkt hat. So werden unter anderem Lohnanpassungen und steigende Kosten für Qualitätskontrollen in der chinesischen Produktion voraussichtlich dazu führen, dass Eltern in Deutschland künftig noch tiefer in die Tasche greifen müssen, um ihren Nachwuchs mit Spielzeug zu versorgen.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.